

Dietmar Wittich

Die „Operation Anaconda“, die „Operation Enduring Freedom“ und die ahnungslosen Deutschen

Öffentliche Meinung in Deutschland zum Krieg in Afghanistan nach wie vor gespalten

Wenn Kunst immer auch die Kunst des Weglassens ist, dann ist die Informationspolitik in Deutschland zum Krieg in Afghanistan und zur Beteiligung der Bundeswehr daran ein Kunstwerk. Bisher wurde die Informationslage durch Verschweigen bestimmt. In den Medien gibt es zum Einsatz deutschen Militärs vor allem zwei Arten von Bildern. Bei der einen ist im Hintergrund das Gebäude zu sehen, in dem das deutsche Kontingent untergebracht sein soll, ein Reporter davor versichert, wie wichtig der Einsatz für die Sicherheit und die Zukunft des afghanischen Volkes ist. Bei der anderen sieht man eine kleine Gruppe uniformierter Deutscher in den tristen Straßen des zerstörten Kabul in freundlicher Kommunikation mit afghanischen Kindern. Worin die Aufgaben bestehen, für die sie eingesetzt werden, darüber wird nichts Konkretes mitgeteilt. Der Begriff der „humanistischen Intervention“ wird nicht gebraucht, aber genau sein Inhalt soll suggeriert werden. Die Vorkommnisse vom 6. März, bei denen es fünf Tote, zwei deutsche und drei dänische Soldaten, und zum Teil Schwerverletzte gegeben hat, haben deutlich gemacht, daß das vermittelte Bild so nicht stimmen kann.

Vier Tage nach dem Unfall, am späten Sonntagnachmittag, kommt von DPA eine Meldung. In ihr heißt es:

„Die USA haben eine Woche nach Beginn der jüngsten Offensive gegen Taliban- und El-Kaida-Kämpfer im Osten Afghanistans rund 400 Soldaten aus dem Kriegsgebiet abgezogen. Sie wurden auf den Luftwaffenstützpunkt Bagram nördlich von Kabul geflogen. Die Truppen würden ‚neu positioniert‘, sagte der dortige US-Armeesprecher Bryan Hiltferty dem US-TV-Sender CNN am Sonntag. ‚Operation Anaconda wird in Ostafghanistan fortgesetzt, bis die feindlichen Kräfte in der Region geschlagen sind‘, bekräftigte zugleich der Sprecher beim US-Einsatzzentrum in Tampa (Florida), Charles Portman.

... Schätzungen gehen von bis zu 800 Toten auf Seiten der El-Kaida- und Talibankämpfer aus. Schlechtes Wetter behinderte am Wochenende die Boden- und Luftangriffe der USA.

In der Nähe von Gardes in der Bergprovinz Paktia kämpfen seit über einer Woche rund 1000 US-Soldaten an der Seite von afghanischen Verbündeten und ausländischen Spezialeinheiten, darunter rund 100 deutsche Elitesoldaten. US- Kampfflugzeuge warfen fast pausenlos Bomben ab. In den Bergen haben sich Hunderte von Taliban-und El-Kaida-Kämpfern verschanzt. Auf US-Seite wurden bislang nach offiziellen Angaben acht Soldaten getötet. Es war für die amerikanischen Streitkräfte damit der blutigste Einsatz seit Beginn der Afghanistan-Offensive im Oktober. ...“

Die Rede ist von der „Operation Anaconda“. Was da stattfindet, ist aber etwas ganz anderes, als in Kabul und Umgebung für Ruhe und Sicherheit zu sorgen.

Es gibt weitere Anzeichen dafür, daß Entwicklungen in Gang gesetzt sind, über die die Öffentlichkeit nicht so genau Bescheid wissen soll. In zwei dürftigen Meldungen hat das Bundesministerium für Verteidigung mitgeteilt, daß 250 Angehörige des ABC-Kräfte der Bundeswehr „auf die arabische Halbinsel“ in Marsch gesetzt wurden. Seit Mitte Februar nehmen sie im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ an Manövern in Kuwait teil. Das ist in unmittelbarer Nachbarschaft zum Irak. US-amerikanische Politiker und Militärs machen keinen Hehl daraus, daß der Irak demnächst Ziel militärischer Aktionen sein soll. Ein Verband der Bundesmarine kreuzt am Horn von Afrika, vor der Küste von Somalia, das von der US-Politik als ein weiterer „Schurkenstaat“ bestimmt worden ist. Es ist nicht so, daß gar nicht informiert wird, aber die Informationen erfolgen so beiläufig, sie sind so dürftig und werden so niedrig gehängt, sie werden in den Medien kaum reflektiert, daß sie in unserer hektischen Zeit an der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit buchstäblich vorbei rauschen.

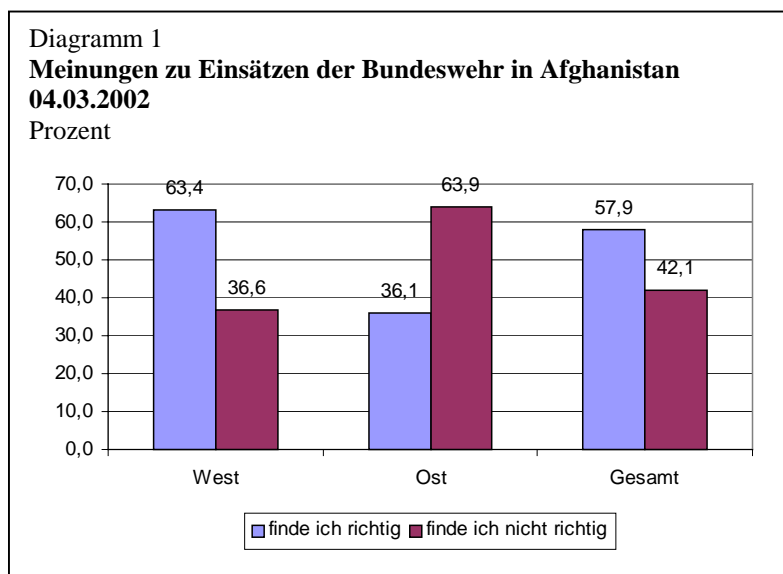
Und über ein weiteres Thema herrscht Schweigen. Wie es mit der öffentlichen Meinung zu diesen Vorgängen bestellt ist, dazu wird nichts mitgeteilt. Es ist nicht so, daß es dazu keine Erkenntnisse gibt, sie werden - bisher - nicht publiziert. Nach wie vor soll das Volk nicht wissen, was es selbst denkt.

Die Taktik der Informationspolitik der herrschenden Eliten in Politik und in den Medien unterscheidet sich grundlegend von der, die beim Krieg der Nato gegen Jugoslawien 1999 eingesetzt wurde. Damals wurde in dem Kampf um Deutungen eine ideologische Übermacht mobilisiert und - hat nichts bewirkt. Es blieb bei der verbreiteten Skepsis, eine mehrheitliche Akzeptanz konnte nicht erreicht werden. Vielleicht ist die jetzt eingesetzte Taktik des Ver-

schweigens, der beiläufigen Informationen und damit der allmählichen Gewöhnung erfolgreicher? Das gilt es zu untersuchen. Aber eine Konsequenz ist von vornherein klar: Die Mauer des Schweigens muss durchbrochen werden. Sozialistische politische Bildung kann dazu einen Beitrag leisten.

Gespaltene Meinungen zur Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen in Afghanistan

Wenige Tage vor den Vorkommnissen vom 6. März hatte das Meinungsforschungsinstitut EMNID im Rahmen seiner täglichen Erhebungen¹ zu aktuellen Themen wieder einmal nach den Meinungen zur Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen in Afghanistan gefragt. Insgesamt fanden unmittelbar vor den Vorfällen rund 58 Prozent der Deutschen die Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen richtig und 42 Prozent fanden sie nicht richtig. Es handelt sich dabei um relativ stabile Relationen in den Meinungen zum Einsatz militärischer Gewalt, die



auch schon im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Jugoslawien und zu Beginn der militärischen Aktionen der USA in Afghanistan festgestellt worden waren². Damit gab es Anfang März in Deutschland keine Mehrheit gegen den Bundeswehreininsatz, aber reichlich zwei Fünftel sind gleichwohl eine erhebliche

Minderheit. Große Unterschiede gibt es zwischen West und Ost. Im Westen fanden zu diesem Zeitpunkt 63 Prozent die Beteiligung der Bundeswehr richtig, 37 Prozent fanden sie falsch. Nahezu umgekehrt waren die Relationen im Osten. Hier waren nur 36 Prozent für die Beteiligung der Bundeswehr und 64 Prozent waren dagegen.

¹ Der folgende Text verwendet Daten, die aus diesen Erhebungen zur Nachnutzung übernommen wurden. Insgesamt umfasst der Datensatz 2014 Fälle, 503 vom 18.02.2002 zur Beteiligung Deutschlands an einen Krieg gegen Irak, 504 vom 04.03.2002 zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, 505 vom 05.03.2002 zur Übernahme einer Führungsrolle der Deutschen in Afghanistan, 502 vom 07.03.2002 wiederum zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

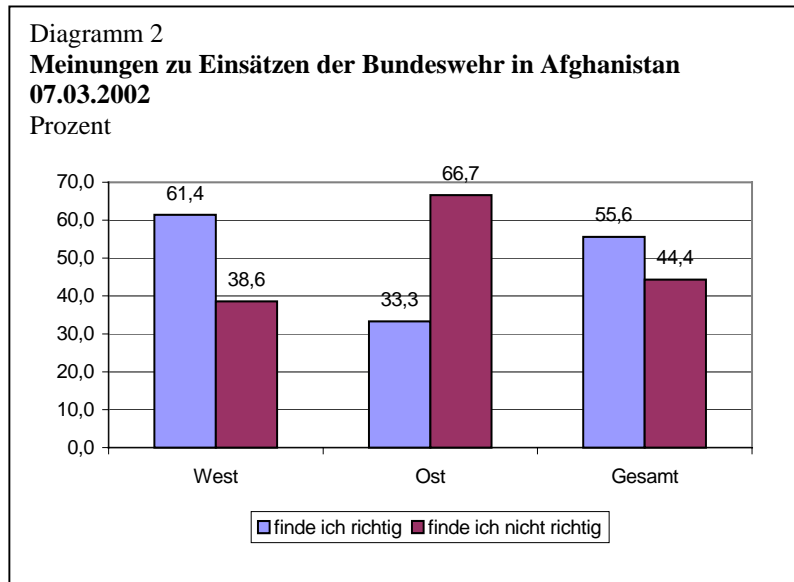
² Siehe: Dietmar Wittich, Öffentliche Meinung zum Krieg in Afghanistan, Studie, November 2001.

Am Tag nach den Vorfällen mit ihren tragischen Folgen wurde die gleiche Frage wieder gestellt. Festzustellen ist nunmehr eine leichte Verschiebung. Mit knapp 56 Prozent findet immer noch eine Mehrheit die Beteiligung der Bundeswehr richtig, aber ihr Anteil hat um zwei Prozent abgenommen. Mit reichlich 44 Prozent bilden die Gegner der Beteiligung der Bundeswehr immer noch eine Minderheit, aber sie hat sich um zwei Prozent vergrößert. Die Unterschiede zwischen West und

Ost sind immer noch deutlich, aber die Tendenzen gehen in eine ähnliche Richtung. Im Westen stimmen nunmehr noch reichlich 61 Prozent zu, zwei Prozent weniger als drei Tage zuvor. Die sich gegen den Einsatz der Bundeswehr aussprechen, haben um jene zwei Prozent zugenommen und machen jetzt knapp 39 Prozent aus. Im Osten hat die

Zustimmung weiter um fast drei Prozent auf jetzt 33 Prozent abgenommen, die Ablehnung wird nun von zwei Dritteln der Ostdeutschen getragen.

Der Vergleich der Ergebnisse beider Erhebungen hinsichtlich des Umfangs der Gegnerschaft bestätigt die festgestellte Tendenz. Das Vorkommnis mit zwei toten und fünf verletzten Soldaten hat die Gruppe der Gegner des Bundeswehreinsatzes insgesamt und im Westen wie im Osten leicht anwachsen lassen, die Relationen sind dabei insgesamt nur wenig verändert. Die Mehrheit der Befürworter ist kleiner geworden, aber sie ist nach wie vor gegeben. Im Westen erreicht die Gruppe der Gegner fast 40 Prozent, im Osten ist deren klare Mehrheit weiter angewachsen.



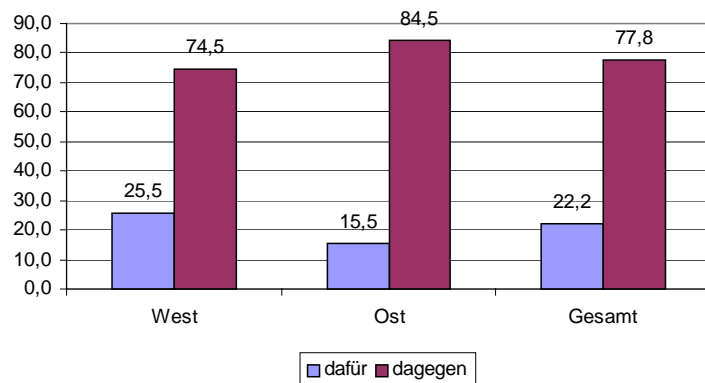
Keine Mehrheit für Eskalation

Bereits Mitte Februar, als in den Medien eine mögliche Führungsübernahme durch die Deutschen erörtert worden war, war eine entsprechende Frage in den Erhebungen gestellt worden. Die Ergebnisse sind eindeutig. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung insgesamt sind gegen die Übernahme einer Führungsrolle durch deutsche Militärs in Afghanistan, nur ein knappes Viertel hat sich dafür ausgesprochen. Die Meinungsbilder in West und Ost sind dabei ähnlich. Im Westen sind ziemlich genau drei Viertel dagegen und nur ein Viertel dafür. Im Osten lehnen 85 Prozent eine Führungsrolle ab und nur 15 Prozent sind dafür.

Diagramm 3

Meinungen zu einer Führungsrolle der Bundeswehr im Afghanistan-Krieg

Prozent

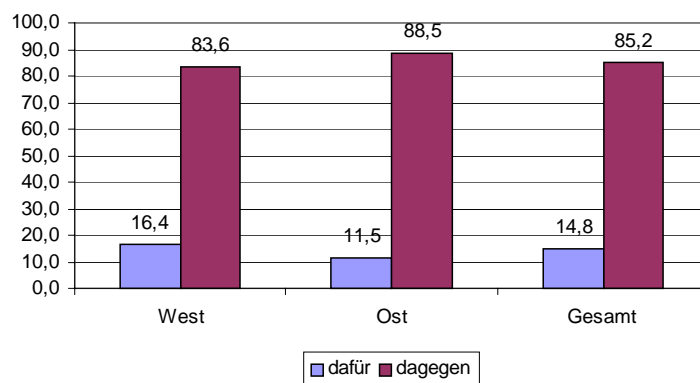


Ende Januar wurde vom Verteidigungsministerium informiert, daß bis Mitte Februar 250 Angehörige der ABC-Kräfte der Bundeswehr zur Teilnahme an der Operation „Enduring Freedom“ auf die arabische Halbinsel verlegt werden, am 26. Februar kam die Mitteilung, daß sie an einem Manöver in Kuwait teilnehmen. Maßgebliche Politiker der USA nähren schon seit geraumer Zeit Spekulationen über bevorstehende Aktionen gegen Irak.

Diagramm 4

Meinungen zur Beteiligung Deutschlands an Aktionen der USA gegen den Irak

Prozent



Am 5. März wurde nach den Meinungen zu einer Beteiligung der Bundeswehr an Aktionen der USA gegen Irak gefragt. Die Meinungen fallen sehr deutlich aus. Insgesamt sind nur 15 Prozent der Deutschen der Meinung, daß die Bundeswehr auch gegen den Irak eingesetzt werden soll, 85 Prozent

sprechen sich dagegen aus. Wiederum sind die Unterschiede zwischen West und Ost nicht

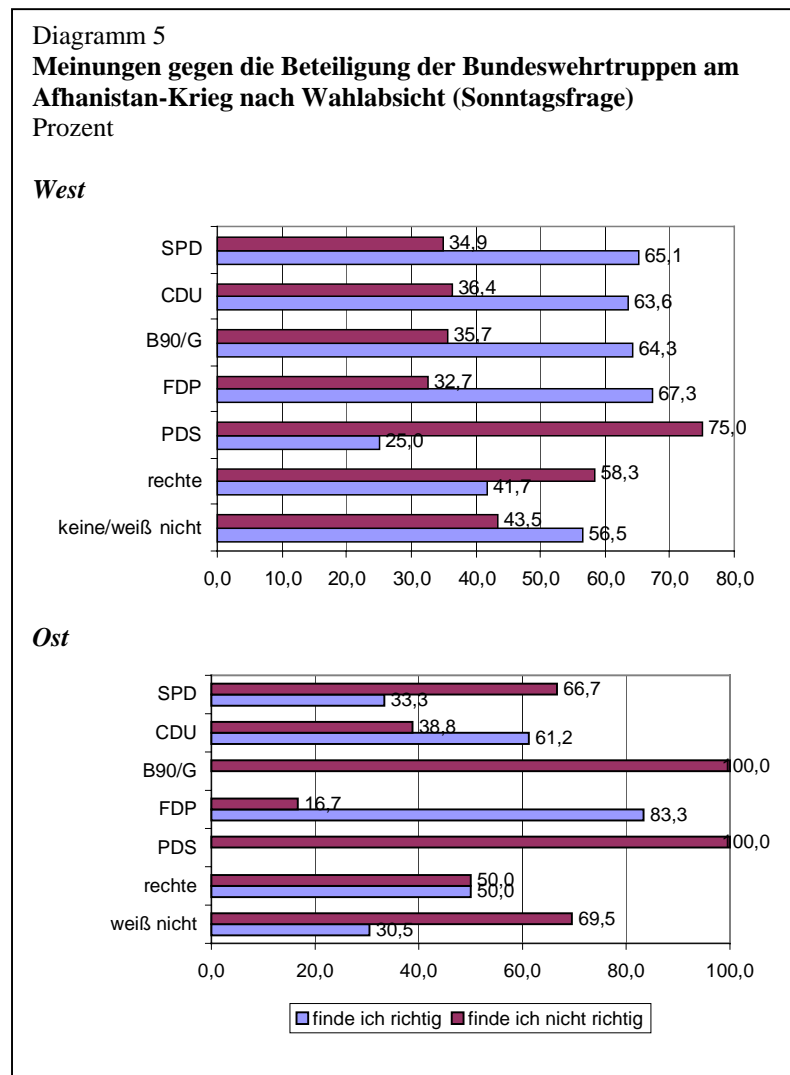
erheblich., im Westen machen die Gegner von Einsätzen gegen den Irak 84 Prozent aus, im Osten sind dies mehr als 88 Prozent, und nur bei 16 bzw. 12 Prozent fänden derartige Einsätze Unterstützung.

Die Regierungsparteien haben vor allem im Osten ein Problem

Daß sich im Zusammenhang mit politischen Orientierungen, wie sie in den gegenwärtigen Wahlabsichten zum Ausdruck kommen, Unterschiede zeigen, ist nicht überraschend. Keine

erheblichen Unterschiede

gibt es im Westen bei den Wählerschaften von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie von CDU und FDP, bei allen überwiegt die Zustimmung, die Werte bewegen sich jeweils in der Nähe des Durchschnittes. Überwiegende Ablehnung gibt es bei der Wählerschaft der PDS (und daneben bei den rechten). Interessant ist, daß in den Gruppen der aktuellen Nichtwähler und der Unentschlossenen die Anteile derer deutlich höher sind, die die Bundeswehreinsätze ablehnen. Im Osten ist die Situation sehr viel differenzierter. Die Meinungen



sind zwischen Anhängern von FDP und CDU einerseits, die mehrheitlich diesen Einsätzen zustimmen, und jenen von PDS und Bündnis 90/Die Grünen, die sie völlig ablehnen, sowie von SPD, die sie mit deutlicher Mehrheit ablehnen, klar gespalten. Auch für den Osten gilt, daß von Nichtwählern und Unentschlossenen die Beteiligung der Bundeswehr überdurchschnittlich oft abgelehnt wird.

Die Mauer des Schweigens durchbrechen

Ablehnende Meinungen zur Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen in Afghanistan sind in allen Gruppen zu finden, sie werden aber vor allem von Frauen, von Älteren, von relativ niedrig Gebildeten und von Nichtberufstätigen getragen. Insgesamt ist festzustellen, daß es in der deutschen Öffentlichkeit eine leichte Mehrheit für die Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen in Afghanistan gibt, die angesichts der ersten Toten gegenwärtig leicht schrumpft. Es gibt aber auch eine ins Gewicht fallende Minderheit, die diesen Einsatz ablehnt, auch sie hat Anspruch darauf, daß ihre Meinung zur Kenntnis genommen wird. Jegliche Ausdehnung, sei es bezüglich der Intensität deutschen Engagements, sei es hinsichtlich einer Erweiterung auf weitere Länder, stößt jedoch auf die Ablehnung einer übergroßen Mehrheit.

Bei Spiegel-online ist aktuell zu lesen:

„Selten hatte ein Papier soviel Brisanz, wie der am Samstag von der Los Angeles Times beschriebene Geheimreport des Pentagon. Darin vollzieht die US-Regierung einen fundamentalen Schwenk, die Abkehr von der Abschreckungsdoktrin des Kalten Krieges: Atomwaffen sollen nicht mehr nur als strategisches Abschreckungspotential wirken, sondern in Zukunft gezielt in regionalen Konflikten zum Einsatz kommen. ...

Doch damit nicht genug: Die US-Militärs sollen Mini-Atombomben entwickeln, mit denen die Amerikaner dann Höhlensysteme zertrümmern wollen, in denen sich der Terroristenführer Osama bin Laden versteckt halten könnte oder der irakische Diktator Saddam Hussein. Es wurmt die Generäle, dass sie trotz modernster Waffen und eines milliardenteuren Feldzuges noch immer nicht die Köpfe ihrer Gegner in den Händen halten. Immer wieder haben amerikanische Militärexperten den Einsatz von Nuklearwaffen zur Zerstörung der unterirdischen Anlagen in Afghanistan und im Irak diskutiert. Die gewaltige Vernichtungskraft würde dafür sorgen, dass die Verstecke weitaus schneller - und billiger - zu zerstören wären als mit konventionellen Waffen.

Das Papier mit dem nüchternen Titel "Nuclear Posture Review" wurde bereits am 8. Januar dem Kongress zugeleitet, war aber bisher geheim geblieben. Unterschrieben von dem US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld leitet es in kaltblütiger Militärsprache eine äußerst gefährliche Entwicklung ein: Sie macht Atomwaffen zum Bestandteil des Anti-Terror-Arsenals, wie etwa die Super-Bombe "Daisy Cutter", die größte konventionelle Bombe der Welt. Atomraketen, Atomgranaten und lasergesteuerte

Nuklear-Mini-Bomben gehören plötzlich zum taktischen Schreckenskabinett der Militärs.

Rasch sollen die US-Militärs in den nächsten Monaten die neuen Waffen entwickeln. Das Pentagon-Papier fordert die Entwicklung von Atomsprengsätzen, die weniger "Kollateralschäden" anrichten als herkömmliche Nuklearwaffen. Konventionelle Cruise Missiles sollen umgebaut werden, so dass sie auch kleinere Atomsprengköpfe tragen können. Dass die wendigen Flugraketen in der Vergangenheit immer mal wieder vom Kurs abkamen und fernab des Ziels aufschlugen, scheint die Militärs nicht zu stören.“

Bisher gibt es in Deutschland keine Mehrheit gegen den Krieg in Afghanistan und die Beteiligung der Bundeswehr daran. Aber trotz der Mauer des Schweigens, die um die Ereignisse errichtet wurde, lehnt ein erheblicher Teil der Deutschen den Krieg und die Beteiligung des eigenen Landes daran ab. Für eine Eskalation wäre eine Mehrheit nicht zu haben. „Operation Anaconda“ und „Operation Enduring Freedom“ stehen dafür, daß die Eskalation bereits im Gange ist. Für einen ersten Schritt zur Stärkung von Widerstand, der gebraucht wird, um bereits entworfene Szenarien zu verhindern, ist es notwendig, die Mauer des Schweigens zu brechen.